

*Der folgende Text bietet eine Zusammenfassung der Arbeiten, die im "Forschungsprojekt Kritische Analyse der Vereinigungspolitik" am OSI/FU Berlin unter der Leitung von Fritz Vilmar vorgelegt wurden. Er ist in Heft 10/2000 der "Blätter für deutsche und internationale Politik" erschienen. Am Ende des Textes befindet sich ein Bestellformular, daß den Erwerb der Studie zu Sonderkonditionen ermöglicht.*

Fritz Vilmar

## **Gegeninformationen zur Vereinigungspolitik**

Eine ideologiekritische Zehnjahres-Bilanz

Man wird kaum irgendwo in zeitgeschichtlichen Darstellungen unserer Epoche soviel ideologisch Zurechtgebogenes, Geschöntes oder als unabänderlich Deklariertes<sup>1</sup> finden wie in den Reden und Darstellungen zur Eingliederung der ehemaligen DDR in die westdeutsche Bundesrepublik; angefangen mit der Behauptung, Kohl sei der "Kanzler der Einheit" gewesen.

Die vorherrschende Ideologieproduktion hat einen einfachen Grund: Es wird in den meisten Darstellungen<sup>2</sup> vermieden, die Frage zu stellen: Wessen Interessen dienen die Vereinigungspolitiken? Die offiziellen "Erklärungen" wurden und werden für bare Münze genommen. Und in diesem Jahr, bei den 10-Jahres-Bilanzen, nimmt die Geschichtsklitterung ein kaum noch erträgliches Ausmaß an. Der Bundestag gab dafür in einer Währungsunion-Gedenksitzung ein atemberaubendes Beispiel. Seine Fraktionen feierten am 30. Juni 2000 diesen ökonomisch katastrophalen Eingriff als "entscheidenden Meilenstein im Prozeß der Wiedervereinigung" (Waigel). Nur der redliche Walter Romberg, damals Kontrahent Waigels, nannte im FR-Interview den Erpressungsdruck beim Namen, unter dem er damals, als Finanzminister der Noch-DDR, gestanden habe und "machte die Haltung der Bonner Regierung ... bei den Verhand-

---

<sup>1</sup> Den "Mythos vom Nichtvorhandensein von Alternativen" kritisierte schon 1993 der Präsident des DIW: Lutz Hoffmann, Warten auf den Aufschwung, Eine Ostdeutsche Bilanz, Regensburg 1993, S. 21ff.

<sup>2</sup> Die Minderheit der *kritischen* Darstellungen haben wir zum großen Teil in unserem 2. Sammelband - vgl. Fussnote 4 - bibliographisch erfasst, a.a.O., S. 249-286.

lungen über die Währungsunion für den wirtschaftlichen Niedergang Ostdeutschlands verantwortlich."<sup>3</sup>

Was uns mit dem mainstream der Vereinigungsbilanzen ins Haus steht, hat, wie dieses Währungsunion-Gedenken prototypisch gezeigt hat, mit Wahrheitsfindung wenig zu tun, umso mehr dagegen mit Mythenbildung im Interesse westdeutscher (Macht-) Eliten. Auf der Basis einer von mir seit 1991 koordinierten und mit-erarbeiteten kritischen Forschungsarbeit<sup>4</sup> an der FU Berlin ist es möglich, in zusammenfassender Form eine ideologiekritische "Gegeninformation" vorzutragen. Dabei erfordert der hier gegebene Rahmen, im wesentlichen *Resultate* zu präsentieren, mit detaillierten Hinweisen in den - notgedrungen ausführlicheren - Anmerkungen<sup>5</sup>. Vorzuführen sind genau jene verdrängten ökonomischen und soziokulturellen Herrschaftsinteressen, die in wesentlichen Politiken der "Vereinigung" maßgeblich gewesen sind.<sup>6</sup>

### **Der Mythos der "Unausweichlichkeit" der schnellen Währungsunion**

Der Streit um die Notwendigkeit der überstürzten Währungsunion ist heute keineswegs von nur noch akademischem Interesse. Ganz im Gegenteil, *es stellt sich die für die gesamte Vereinigungspolitik prototypische Frage, ob diese Währungsumstellung, wie andere vereinigungspolitische Entscheidungen, nicht primär ein Akt Kohlscher Machtsicherung war, der für die deutsche Einheit verheerende Folgen hatte.*

---

<sup>3</sup> Alle Zitat nach FR v. 1. Juli 2000, S. 1; Romberg-Interview S. 9.

<sup>4</sup> Deren Ergebnisse sind in zwei Sammelbänden vorgelegt worden: Wolfgang Dümcke/Fritz Vilmar (Hg.): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, 3. Aufl. Münster 1996, und: Fritz Vilmar (Hg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen, Berlin 2000.

(Im folgenden abgekürzt zitiert: "I" und "II".) Die für dieses Resümee grundlegenden Statistiken und Tabellen können gesondert angefordert werden: Fax 030/23626995

<sup>5</sup> Mit präziser Bezugnahme auf die (insgesamt über 30) Detailanalysen, die wir in den zitierten Sammelbänden publiziert haben.

<sup>6</sup> Man kann tatsächlich von zwei parallel verlaufenden politischen Vereinigungsprozessen sprechen: von einem der Demokratisierung und einem der strukturellen Kolonialisierung, vgl. zur sozialtheoretischen Begriffsklärung II, S. 21-31.

Die *Ideologie der Unausweichlichkeit* arbeitet vor allem mit den Argumenten der Abwanderungsdrohung der Ostdeutschen in den "Westen" und der Eilbedürftigkeit nationaler Einigung angesichts der anstehenden "Vier-plus-zwei-Verhandlungen" mit den Siegermächten. Nicht zuletzt aber mit dem schon zitierten "Mythos vom Nichtvorhandensein von Alternativen" (L. Hoffmann).

Völlig abwegig war und ist das Argument des außenpolitischen Drucks. Selbstverständlich spielte das starke Wiedervereinigungsverlangen der Ostdeutschen in den Verhandlungen mit den ehemaligen Alliierten eine bedeutsame Rolle. Aber dieser Druck der deutschen "nationalen Selbstbestimmung" existierte ganz unabhängig von einer früheren oder späteren Währungsumstellung.

Ernster zu nehmen ist natürlich das Argument des Druckes der - ansonsten weit weniger ernst genommenen - Massen. Aber es ist weit davon entfernt, einen unausweichlichen Entscheidungszwang zu begründen. Statt einer solchen populistischen Reaktion wäre - angesichts überwiegender Warnungen und vorliegender Alternativkonzepte der ökonomisch Sachverständigen<sup>7</sup> - eine für die Erhaltung der Arbeitsplätze, also für die Ankurbelung der ostdeutschen Wirtschaft glaubwürdige Konzeption und Kampagne der Parteien das Gebot der Stunde gewesen.<sup>8</sup> Denn mit Recht prognostizierte der Sachverständigenrat, es könne "nicht ausbleiben, dass die Hoffnungen enttäuscht werden, die an die Währungsunion geknüpft werden". Genau dies zeigte sich dann auch in der Tatsache, dass der Übersiedlerstrom nach Westdeutschland keineswegs durch die Währungsunion gestoppt worden ist. Um die überstürzte Währungsunion zu

---

<sup>7</sup> Vgl. II, S. 149ff

<sup>8</sup> In diesem Sinn hat der wirtschaftliche Sachverständigenrat ("Rat der fünf Weisen") am 9. Februar 1990 in einem beschwörenden Brief die Kohl-Regierung ermahnt: "1. Wir halten die rasche Verwirklichung der Währungsunion für das falsche Mittel, um dem Strom von Übersiedlern Einhalt zu gebieten. Zweifellos bedarf es eines deutlichen Zeichens, das den Bewohnern der DDR Hoffnung auf eine nicht nur schnelle, sondern auch nachhaltige Besserung ihrer Lebensverhältnisse verheißt und sie veranlaßt, in ihrer Heimat zu bleiben. Dieses Zeichen sehen wir in der überzeugenden Ankündigung einer umfassenden Wirtschaftsreform. ... Die Währungsunion sollte nach unserer Auffassung nicht am Beginn stehen ... Es ist wohl unvermeidlich, daß die Einführung der D-Mark bei den Bürgern der DDR die Illusion erwecken muß, mit der Währungsunion sei auch der Anschluß an den Lebensstandard der Bundesrepublik hergestellt. Davon kann jedoch keine Rede sein ...Stabile Währungsverhältnisse lassen sich in der DDR auch auf andere Weise herstellen..." Drucksache 11/8472 des Dt. Bundestages, Bonn 1990, S. 306ff.

rechtfertigen, versuchte Wolfgang Schäuble das Gegenteil glaubhaft zu machen. Er schreibt, daß eine vorgezogene Währungsunion absolut notwendig war, da "der Zustrom von Abwanderern daraus eine Notwendigkeit machte" und daß dank der mutigen Entscheidungen der Koalition "die Anzahl der Auswanderer [...] gesunken ist und weiter sinkt."<sup>9</sup> Dagegen haben wir nachgewiesen, dass die Zahl der Übersiedler - nach verschiedenen Statistiken - im 2. Halbjahr 1990 fast so groß gewesen ist wie im 1. oder sogar größer<sup>10</sup>.

Wenn also die in der "herrschenden" Publizistik vorgetragene Rechtfertigungsideologie der überstürzten Währungsunion keineswegs zwingend, überwiegend kaum plausibel war, dann muß es für eine derart riskante - und in den Folgen derart destruktive - *Basisentscheidung* der westdeutschen Vereinigungspolitik andere, reale Gründe gegeben haben. Und diese existierten in der Tat - in den Machterhaltungsinteressen des Kanzlers.

Kohl hatte noch Ende Januar '90 eine schnelle Währungsunion strikt abgelehnt<sup>11</sup>. Ähnlich ablehnend äußerten sich Waigel und andere führende CDU/CSU-Akteure und empfahlen stattdessen Stufenpläne der Wirtschaftskonsolidierung im Osten<sup>12</sup>. *Dann aber warf der Kanzler von einem Tag zum andern das Steuer herum*: Ende Januar wurden Umfrage-Ergebnisse bekannt, nach denen die konservativen Kräfte keine Chancen gegen die SPD zu haben schienen: die SPD kam auf 53%, nur 15% rechneten mit einem Sieg der Allianz.<sup>13</sup> Die Umfragen zeigten auch, daß die Währungsunion zu den Haupterwartungen der Ostdeutschen zählten. Daraufhin kündigte der Bundeskanzler am 6. Februar 1990 öffentlich die Einführung der D-Mark im Verlaufe der nächsten Monate an. Daß diese Entscheidung nicht Ergebnis gründlicher finanzpolitischer Beratungen war, sondern ein einsamer Entschluß, sozusagen eine Schockreakti-

---

<sup>9</sup> Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Stuttgart 1991, S. 65; 78

<sup>10</sup> Vgl. II, S. 158

<sup>11</sup> "So weitreichende Entscheidungen wie eine Währungsunion mit der DDR können jetzt noch nicht getroffen werden." FAZ vom 18.1.90

<sup>12</sup> Belege dazu a.a.O., S. 148

<sup>13</sup> Peter Förster, Günter Roski, Die DDR zwischen Wende und Wahl, Berlin 1990, S.138

on des großen Wahltaktikers, wird belegt durch die Tatsache, dass am selben Tag sein Wirtschaftsminister noch das Gegenteil verkündete: Hausmann legte einen 3-Stufen-Plan unter der Überschrift "Wirtschafts- und Währungsunion für ganz Deutschland"<sup>14</sup> vor, in dem erst nach weitreichenden Reformen zur Einführung der Marktwirtschaft in der DDR, Liberalisierung der Preise und Konvertierbarkeit der DDR-Mark *zu Beginn des Jahres 1993(!)* die D-Mark in Ostdeutschland eingeführt werden sollte.<sup>15</sup>

Die Ursachen für das plötzliche Umschwenken der Regierung in Bezug auf die Währungsunion lagen also nicht etwa in ökonomischen Überlegungen, sondern wurden von wahlpolitischen Erwägungen Kohls bestimmt, der eine Niederlage am 18. März mit Recht als schlimmes Vorzeichen für das konservative Beitrittskonzept wie auch für seine Ende '90 anstehende Wiederwahl ansehen musste. Sein Kalkül ging am Wahltag auf.

Die Währungsunion wurde vor der Politischen Union (3. Oktober 1990) durchgepeitscht, ohne durch die notwendigen ökonomischen Maßnahmen zur Stützung der ostdeutschen Wirtschaft<sup>16</sup> begleitet zu werden, die von fast allen wirtschaftspolitischen Autoritäten gefordert wurden. Der Präsident der Deutschen Bundesbank äußerte später: Die deutsche Währungsunion "ist ein Beispiel für das, was wir in Europa nicht machen dürfen", ihre "Auswirkungen sind katastrophal."<sup>17</sup>

---

<sup>14</sup> Manusk., Pressestelle des Bundeswirtschaftsministeriums, 6.2.90, S. 3f. Dieser Plan entsprach den von verschiedenen Wirtschaftsexperten gemachten Stufenplänen.

<sup>15</sup> Auch der Präsident der Bundesbank, Karl Otto Pöhl, erklärte, daß eine Währungsunion nur dann Sinn hätte, wenn ihr ein Sanierungs- und Ausgleichsprozeß voranginge. Zunächst müsse man konsequente Wirtschaftsreformen durchführen, um nach und nach die Konvertierbarkeit der DDR-Mark zu erreichen.

<sup>16</sup> Selbst Autoren, die an die "Unausweichlichkeit" der überstürzten Währungsunion glaubten, betrachteten dies dann aber als eine der "Todsünden" (W. Hankel) der Vereinigungspolitik, dass die Kohlregierung die Folgen "dem Markt" überließ und keine der unabdingbar notwendigen flankierenden Stützungsmaßnahmen einleitete. Vgl. II, S.157f.

<sup>17</sup> Erklärung des Präsidenten der Bundesbank vor der Wirtschaftskommission des Europäischen Parlaments am 19. März 1991 in Brüssel, *Le Monde*, 21.3.91, S.29

Diese Auswirkungen sind im allgemeinen Bewusstsein heute leider nur vage bekannt. Man rechtfertigte sich mit dem weiteren ideologischen Totschlag-Argument: die DDR-Wirtschaft sei *total marode* gewesen. Kritischere Ökonomen dagegen stimmten in der Auffassung überein, dass die plötzliche Einführung einer neuen, starken Währung zu einem für die Ostprodukte irrationalen Kurs hauptverantwortlich für den Absturz der DDR-Wirtschaft war. Es kam zu einem fortschreitenden, bis ins Jahr 1991 anhaltenden Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft: das Bruttoinlandprodukt sackte auf 63% von 1989 ab, die Industrieproduktion schrumpfte auf ein Drittel. Keine kapitalistische Krise hat je einen solchen Absturz der Wirtschaftstätigkeit verursacht.

### **Die "marode" DDR-Wirtschaft: Ursache des ausgebliebenen Aufschwungs Ost?**

Die ökonomisch unverantwortliche Sturzgeburt der Währungsunion, der Mangel einer flankierenden Industriepolitik und der daraus resultierende ökonomische Absturz in Ostdeutschland - diese Linie der weitreichenden wirtschaftsliberalen Fehlleistungen und ökonomischen Negativentwicklungen setzte sich durch das gesamte vergangene Jahrzehnt fort. Das Ergebnis ist bis zum heutigen Tage eine "Deindustrialisierung" Ostdeutschlands (BfA-Präsident Jagoda)<sup>18</sup>: Während der Bevölkerungsanteil Ostdeutschlands in Gesamtdeutschland 19 Prozent beträgt (1998), macht der ostdeutsche Anteil am realen Bruttoinlandprodukt 11% aus, und der Anteil an der Industrieproduktion, am Maschinenbau und am Export beträgt gar nur 7, 5 und 3%!<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> Vgl. zu den folgenden Angaben die Belege in der zusammenfassenden Analyse von Steinitz und Vilmar: Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung 1989-1999, in: II, S. 119-146. Eckdaten auch bei Reinhold Kowalski, Bilanz und Perspektiven des Aufbaus Ost, in: "Blätter" 8/00, S. 1000ff.

<sup>19</sup> Es gibt kaum noch industrielle Großbetriebe. Der Anteil der Beschäftigten, die in Betrieben der Industrie mit über 1.000 Beschäftigten arbeiteten, lag 1989 in der DDR bei über 60%, 1992 in den neuen Bundesländern bei 26% und 1996 bei 11% (alte Bundesländer 31%).(Vgl. I, S. 123) Die häufigen Hinweise auf die relativ hohen Wachstumsraten der ostdeutschen Wirtschaft 1992-95 beruhen auf einer statistischen Täuschung: Diese Wachstumsraten von 8, 9, 10,4 Prozent ergeben sich auf der Basis des bis 1991 erfolgten Absturzes der DDR-Wirtschaft auf knapp 50% des "Vor-Wende-Niveaus" von 1989! Die späteren "Zuwachsraten des BIP betragen nur noch 1,7% (1997, 2,0% (1998) und 1,2% (1999) und rutschten damit wieder unter die Werte für Westdeutschland.. *Im zehnten Jahr der Einheit erreicht die Wirtschaftskraft Ostdeutschlands, trotz umfangreicher Investitionshilfen, .kaum 94 Prozent des Niveaus von 1989.*" Ulrich Busch, Anja Schneider, Zehn Jahre am Tropf. Vergebliches Warten auf einen selbst tragenden Aufschwung in Ostdeutschland, in: Berliner Debatte INITIAL, H. 4/2000, S. 102

Die Massenarbeitslosigkeit ist im Osten seit Jahren doppelt so hoch wie im Westen<sup>20</sup>. Überhaupt haben die Bürger Westdeutschlands zwar Solidaritätsoffer für die Einheit gebracht, gleichzeitig aber erhebliche Arbeitsplatzgewinne verbuchen können; und die Kapitalbesitzer in der Alt-BRD haben weit überproportionale Gewinne erzielt durch die Verwandlung der DDR in einen Absatzmarkt und dadurch wesentlich gesteigertes Wirtschaftswachstum.

Die Treuhandanstalt brachte es fertig, die ostdeutsche Wirtschaft (Substanzwert laut Rohwedder: 600 Mrd.), statt sie, wie im THA-Gesetz vorgesehen, zuvor zu sanieren, zum Ramschwert zu verschleudern, soweit sie die Unternehmen nicht liquidierte. Ca. 40Mrd.<sup>21</sup> nahm sie dafür ein, 1999 betrug ihre Verluste 254 Mrd. DM.<sup>22</sup>

Die Ideologen der Vereinigungspolitik haben dieses hochgradig negative Ergebnis der westdeutschen Privatisierungspolitik zu rechtfertigen. *Sie erfanden zu diesem Zweck einen zentralen Mythos: den "völlig maroden Zustand" der DDR-Wirtschaft*<sup>23</sup>. Dieser Mythos hat für seine Erfinder den großen Vorzug, eine Halbwahrheit zu sein. Er klingt plausibel. Schon Lichtenberg aber erkannte, dass die gefährlichsten Unwahrheiten "Wahrheiten sind, mäßig entstellt".

Wir haben die Defizite der DDR-Wirtschaft und ihre Ursachen ausführlich zur Sprache gebracht<sup>24</sup>. Zur Unwahrheit, nämlich zur marktradikalen Rechtfertigungsideologie wird das Mängelargument, wenn es verabsolutiert wird. Es ist zu relativieren durch folgende Fakten:

<sup>20</sup> In den letzten Monaten ist sie im Westen erheblich, auf 7,4%, gesunken, im Osten nur minimal, auf 17,6%. (Monatsbericht. d. Dt. Bundesbank, 7/2000, S. 64)

<sup>21</sup> Lt. FAZ v. 20.6.92: 39,9 Mrd.; lt. FR v. 8.12.93: 44 Mrd. DM.

<sup>22</sup> Lt. der Selbstdarstellung ihrer Nachfolge-Institution "Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben" (BvS), Gesamtfinanzen der Treuhand und ihrer Nachfolgeeinrichtungen, Information der Presseabteilung der BvS, Berlin 4/1999.

<sup>23</sup> Vgl. zum folgenden Harry Nick, DDR-Wirtschaft: Weder weltmarktfähig noch marode, in: Blätter 12/95, S. 1482ff.

<sup>24</sup> II, S. 119ff.

- Die DDR "war ein entwickeltes Industrieland...Das Lebensniveau ihrer Bevölkerung war bedeutend höher als das der Bevölkerung in den südeuropäischen Marktwirtschaften."<sup>25</sup>
- "Andere, bis 1989 deutlich weniger entwickelte Länder wie Polen, Tschechien und Ungarn (mussten) Anfang der neunziger Jahre eine weitaus weniger tiefe Transformationskrise (durchmachen) als die Ex-DDR... und (verzeichnen) inzwischen ein höheres und stabileres Wachstum..."<sup>26</sup>
- Obwohl der bedeutende Export der DDR durch starke Preissubventionen gefördert wurde, wären die Exporterfolge (1988: für 12 Mrd. DM in westliche Industrieländer<sup>27</sup>) ohne Fähigkeit zu leistungsfähiger Industrieproduktion undenkbar gewesen.
- Wo wirtschaftspolitischer Wille zur Modernisierung vorhanden war, konnten auch große Werke, wie Jenoptik (über 5.000 Beschäftigte), in relativ kurzer Zeit zu konkurrenzfähigen Unternehmen entwickelt werden.
- Untersuchungen von Nick (vgl. Anm. 23) zeigen, daß ca. 50% der Industrieanlagen in der DDR älter als 10 Jahre waren (in der BRD immerhin auch 30%). Demnach waren 50% der Anlagen jünger als 10 Jahre. "Außerdem wurde 1990 von Experten nur ein Drittel der Industrie als nicht sanierungsfähig eingestuft."<sup>28</sup>

*Der Mythos von der total maroden DDR-Wirtschaft als Rechtfertigung des ausgebliebenen Aufschwungs Ost wird durch diese Erkenntnisse über deren gleichwohl nachweisbare Leistungs- und Modernisierungsfähigkeit unhaltbar. Für den bislang weitgehend misslungenen Aufschwung gibt es jedoch gravierende reale Gründe. Sie bestehen - neben dem schon analysierten der destruktiven Währungsunion - in der Interessenpolitik des deutschen Kapitals:*

Die *Treuhandpolitik* der schnellen Privatisierung ohne Sanierung verwandelte den *Substanzwert* der ostdeutschen Wirtschaft von ca. 600 Mrd. in einen *Marktwert* der -

---

<sup>25</sup> II, S.121

<sup>26</sup> Busch/Schneider a.a.O., S. 101

<sup>27</sup> I, S. 117

<sup>28</sup> II, S. 200



zusätzlich hoch belasteten - Unternehmen von ca. 50 Mrd., weil es natürlich keine kapitalkräftige Käuferschicht gab, die bereit gewesen wäre, kurzfristig zum Substanzwert Kapitalgüter einzukaufen. Also kam es zu einem Ausverkauf der Unternehmen, bei dem die westdeutschen Kapitalbesitzer 80-95 Prozent (nach verschiedenen Schätzungen) des "Volkseigentums" erwerben konnten. Häufig waren diese Erwerbungen Konkurrenzunternehmen, die alsbald stillgelegt oder auf die Funktion einer verlängerten Werkbank reduziert wurden.

Da die ökonomische Machtelite in Westdeutschland *ein vitales Interesse an Ostdeutschland als gewaltigem Markt hatte*<sup>29</sup> und daher ein vitales Desinteresse am Aufbau bzw. der Modernisierung einer leistungsfähigen ostdeutschen Wirtschaft, hielt die Regierung an der offensichtlich wirkungslosen Ideologie der "Selbstheilungskräfte des Marktes" fest, beließ es bei punktuellen Fördermaßnahmen und verhinderte durch deren Inkonsistenz einen systematischen Aufschwung. Realistische alternative Wirtschaftskonzepte, die eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland gesichert hätten, wurden verworfen<sup>30</sup>.

Im Interesse einer neoliberalen, kapitalorientierten Sparpolitik wurde die 1990-92 zur Abfederung katastrophaler Arbeitslosigkeit zunächst realisierte aktive *Arbeitsmarktpolitik seit 1994 drastisch reduziert*, damit ein ebenso drastischer Anstieg der Massenarbeitslosigkeit in Kauf genommen<sup>31</sup>.

---

<sup>29</sup> Der Handelsüberschuß der Alt-BRD im Handel mit Ostdeutschland betrug 1991 179 Mrd. DM und seitdem über 200 Mrd. jährlich. Dieser "Realtransfer" war übrigens wesentlich höher als die Summen der finanziellen Transferleistungen von West nach Ost (1990- 99: 1.628 Mrd. DM brutto), die die gewaltige ostdeutsche Nachfrage zu einem großen Teil finanzierte - ein wesentlicher Stabilisierungsfaktor der westdeutschen Konjunktur! Vgl. Busch/Schneider a.a.O., S. 106ff. Seit 1990 wurde Ostdeutschland mit "fast 25 v.H.(!) aller Exporte... zum wichtigsten Absatzmarkt für westdeutsche Produzenten" (G. Leis, Das deutsche Transferproblem der neunziger Jahre, Frankfurt/M u.a. 1994, S. 117).

<sup>30</sup> Die präzisesten Vorlagen von Alternativkonzepten für einen "Aufschwung Ost" sind von der renommierten "Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik" (AAW) unter Leitung von Rudolf Hickel erarbeitet und Jahr für Jahr aktualisiert worden, vgl. unsere Literaturliste: II, S. 249 u. 264 (Hickel), und das Schwerpunktheft "Memo-Forum Nr. 27: 10 Jahre Aufbau Ost. Widersprüche, Ergebnisse, Probleme und Alternativen", Bremen 2000.

<sup>31</sup> Vgl. die Tabellen und Graphiken II, S. 126f, die veranschaulichen, wie in den neunziger Jahren massive Zunahme der Arbeitslosigkeit im Osten und Kürzung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

Die gewaltigen Transferzahlungen nach Ostdeutschland<sup>32</sup> flossen weitgehend als Konsum-Nachfrage an westdeutsche Unternehmen zurück; nur etwa ein Viertel diente investiven Zwecken, und zwar überwiegend infrastrukturellem, nicht industriellem Aufbau.

### **Die Dominanz westdeutscher "Eliten" und Strukturen - der Mythos der ostdeutschen Inkompetenz und Unkultur**

Das Nicht-Gelingen der deutschen Vereinigung hat eine sozusagen objektive, materielle und eine subjektive, mentale, bewußtseinsmäßige Seite. Was die objektive Seite betrifft, so haben wir festgestellt, dass Ostdeutschland trotz etlicher moderner Unternehmen<sup>33</sup> weit davon entfernt ist, ökonomisch auf eigenen Füßen zu stehen; es hängt *auf unabsehbare Zeit* am Tropf der westdeutschen Transferzahlungen - und dies ist ein außerordentlich großes "Binnen"-Exportgeschäft für das westdeutsche Kapital.

Aber die deutsche "Uneinigkeit" (D. Dahn) hat auch eine subjektive, gesellschaftlich-politische Seite: *Die Ostdeutschen werden in wesentlichen Bereichen ihres sozialen Lebens von Westdeutschen fremdbestimmt*: Sie stellen zwar 19 Prozent der deutschen Bevölkerung, aber nur 12 Prozent der Führungskräfte, der "Positionseliten", kommen aus Ostdeutschland - und in den wichtigsten gesellschaftlichen Bereichen sind es noch weitaus weniger, z.T. verschwindend wenig: Verwaltung (2,5), Wirtschaft (0,4), Wissenschaften (7,3), Militär (0,0), Justiz (0,0)<sup>34</sup>. Zwar kommen viele Minister, als (par-

---

korrespondieren: Beweise für die Möglichkeit wie für die mangelnde Bereitschaft zu aktiver staatlicher Wirtschaftspolitik.

<sup>32</sup> Sie wurden allerdings fälschlich, aus ideologischen Rechtfertigungsgründen, als spezielle finanzielle Opfer für die Ostdeutschen deklariert. Tatsächlich waren nur ein knappes Viertel der Überweisungen von 1.628 Mrd. *Sonderzahlungen* an die Neuen Länder. Vgl. die detaillierten Nachweise bei Busch/Schneider, a.a.O., S. 105.

<sup>33</sup> Die Zahl der modernisierten Firmen stagniert: DIE WELT v. 1.8.2000.

<sup>34</sup> Nach der großen empirischen Studie von Wilhelm Bürklin u.a., *Eliten in Deutschland*, Opladen 1997, S. 67. Die Autoren beziehen sich auf unsere 1996er Studie (Anm. 4) und meinen zwar, angesichts ihrer Befunde könne zwar "von einer personellen Kolonisierung ... nur bedingt die Rede sein ... Allein in den Bereichen Verwaltung, Justiz, Wirtschaft und Militär bilden sie auch in den neuen Bundesländern eine solche Minderheit, dass von einer 'Kolonisierung' gesprochen werden kann" (a.a.O., S. 114).

tei-)politische Repräsentanten, aus dem Osten, aber die eigentlichen politischen Macher in den neuen Ländern, die Staatssekretäre, kamen noch 1994, mit einer einzigen Ausnahme, aus dem Westen<sup>35</sup>. Sämtliche Intendanten der Funkmedien und sämtliche Chefredakteure der 15 großen (Abonnements-) Bezirkszeitungen sind Westdeutsche, und diese gehören sämtlich 11 westdeutschen, überwiegend konservativen Medienkonzernen<sup>36</sup> 72 Prozent der ostdeutschen Wissenschaftler, wurden, teilweise abgefördert durch drei- bis fünfjährige Übergangs-Verträge, entlassen, und "von den 50 neuen Lehrstühlen im Osten für Sozialwissenschaften (sind) 47 von westdeutschen Kollegen besetzt worden ... Der Wissenschaftsrat meinte, dass wenigstens der Mittelbau aus den neuen Ländern zu kommen habe: 75 Prozent des Personals kommen *nicht* aus den neuen Ländern. Die dritte Generation ... fühlt sich ausgeschlossen."<sup>37</sup>

Nimmt man diese - für alle wesentlichen gesellschaftlichen Bereiche entsprechend zu dokumentierenden - Fakten eines weitreichenden westdeutschen "Elitenimports" als Ganzes, so zeigt sich, dass die Rede von der kolonialistischen Vereinnahmung der ehemaligen DDR keine bloße Polemik, sondern die adäquate Beschreibung eines soziologischen Tatbestands<sup>38</sup> ist.

Fremdbestimmt wurden die Ostdeutschen auch durch die Beseitigung der von ihnen geschaffenen soziokulturellen Einrichtungen. Die wurden "abgewickelt", gleichgültig, ob es sich um Errungenschaften aus der DDR-Zeit handelte oder um neu erkämpfte seit der Wende<sup>39</sup>.

---

<sup>35</sup> I, S. 84

<sup>36</sup> Ausführlich belegt in der französischen Edition unserer Studien: Fritz Vilmar, Gislaine Guittard, *La face cachée de l'unification allemande*, Paris 1999, S. 147-151. Der "Spiegel" beurteilte die neue Monopolisierung der Meinungsmacht wie folgt: "Die Presselandschaft der Ex-DDR bleibt fast so einfarbig wie vor der Wende, nur diesmal schwarz statt rot" (17/1991).

<sup>37</sup> Rolf Reißig, zit. II, S. 87

<sup>38</sup> In einem eigenen Kapitel habe ich en detail die sozialtheoretische Angemessenheit des von mir eingeführten Begriffs der Strukturellen Kolonialisierung nachgewiesen: II, S. 21-32.

<sup>39</sup> Ich nenne nur beispielhaft die polytechnische Didaktik in der Oberstufe der Schulen, das SERO-Recycling-System, das flächendeckende System der Kindereinrichtungen und Jugendhäuser, die Polikliniken, die teilweise hochgradig fortentwickelte realistische Ästhetik, die betriebliche Gewerkschaftsorganisation und Arbeitsmedizin; vgl. das Resümee solcher humanistischer Errungenschaften in unserer Studie II, S. 235-245. Und ich erinnere, aus der Zeit der "friedlichen Revolution", an die politische Emanzipation der ehemaligen Blockparteien Ost-CDU und LDPD, die seit Oktober in einen schwierigen, aber erfolgreichen Prozeß der "SED-freien" Selbstbestimmung ein-

Die ideologischen Rechtfertigungen dieses umfassenden politischen und soziokulturellen Entmündigungsprozesses lauten:

1. Die Osis waren partei-ideologisch belastet und/oder inkompetent - der umfassende "Elitenimport" war eine Notwendigkeit, ja als Glücksfall: "Andernfalls wäre ein massives Elitevakuum entstanden, das bei der Besetzung aus einer herrschaftsfernen Gegenelite nur um den Preis einer Dilettantisierung [...] hätte geschlossen werden können."<sup>40</sup>
2. Die politischen und soziokulturellen Einrichtungen der DDR waren Elemente eines autoritär-sozialistischen System und daher in ein liberaldemokratisches nicht integrierbar.

Die von dem Elitenforscher Derlien explizit und von vielen anderen implizit für die Verdrängung der Ostdeutschen und den massenhaften westdeutschen "Elitenimport" vorgeschobene Behauptung der Inkompetenz, des Dilettantismus der Ostdeutschen ist empirisch widerlegt worden. Eine sorgfältige empirische Analyse von Christian Welzel hat die Existenz eines beachtlichen ostdeutschen Gegen-Eliten-Potentials nachgewiesen. Er hat zeigen können, daß es in der DDR ein bedeutendes Potential an "Intellektuellen" gab (9% des Arbeitskräftepotentials) und daß diese soziale Gruppe als potentielle "Gegen-Elite" anzusehen ist: Da sie im überalterten und verknöcherten Elitensystem der DDR nur geringe Aufstiegschancen hatte und nicht über "politische Aktionsfreiheit" verfügte, aber der Demokratie positiv gegenüberstand, befand sie sich in einer distanzierten Situation zum Regime. Infolgedessen war ihr politisches

---

getreten waren, bald darauf aber rigoros - bei Strafe des Untergangs - auf die Linie der westdeutschen "Schwester"-Parteien gebracht wurden; der Prozeß selbstbestimmter kritischer Neuorientierung an ostdeutschen Universitäten wurde abgebrochen zugunsten einer total westdominierten Reorganisation und "Evaluierung"; das von Walter Ullmann entwickelte Konzept einer gemeinwohlorientierten "Treuhandaanstalt" für die DDR-Wirtschaft wurde ins Gegenteil verkehrt, und der Verfassungsentwurf des Runden Tisches wurde (bereits von der de Maizière-Regierung) desavouiert.

<sup>40</sup> Hans-Ulrich Derlien, Elitenzirkulation in Ostdeutschland 1989-1995, in: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament v. 23. Jan. 1998, S. 17.

Engagement in der Wende 1989/90 stärker und ihre demokratische Orientierung viel ausgeprägter als beim Durchschnitt der ostdeutschen Bevölkerung.<sup>41</sup>

Schwieriger ist die Ideologie der kulturellen Inkompatibilität der zahlreichen beachtenswerten soziokulturellen Einrichtungen der DDR zurückzuweisen. Für ihre Integrierbarkeit gibt es nur ein - allerdings sehr bedeutsames Beispiel: Die Agrargenossenschaften haben sich wegen des vitalen Interesses ihrer Mitglieder, d.h. wegen ihres Desinteresses an einer Rückkehr in Einzel-Familien-Höfe, gegen massive Versuche ihrer Liquidierung<sup>42</sup> halten können und stehen mit ihrem Pro-Kopf-Einkommen besser da als die Einzelbetriebe.<sup>43</sup>

Beachtenswert aber ist die Tatsache, dass die Ostdeutschen selbst, soweit sie die Möglichkeit hatten, in verschiedenen Bereichen soziokulturelle Einrichtungen für sich "gerettet" bzw. neu angeeignet haben.<sup>44</sup>

Vieles spricht dafür, dass nicht die prinzipielle Unvereinbarkeit innovativer soziokultureller Einrichtungen der DDR mit denen Westdeutschlands der Grund für ihre Liquidation war, sondern der Wille konservativer Machteliten in der Altbundesrepublik, unter keinen Umständen sozialismus-verdächtigen politischen, gewerkschaftlichen oder kulturellen Strukturen eine Überlebenschance zu geben.

---

<sup>41</sup> Christian Welzel: Demokratischer Elitenwandel. Die Erneuerung der ostdeutschen Eliten. Opladen 1997, S. 186. Als "Intellektuelle" bezeichnet Welzel diejenigen, die ein abgeschlossenes Hochschulstudium haben. Dieses Potential hat auch seine Kompetenz unter Beweis gestellt: Ostdeutsche hat man zwar weitgehend aus den Spitzenpositionen ferngehalten, aber in der 2. und 3. Hierarchieebene, dort, wo in den Instituten, den Schulen, den Redaktionen, den Landes-, Kreis- und Kommunalverwaltungen, in den Parteien und selbst in der Wirtschaft vielfach die eigentliche Arbeit gemacht wird, sind überwiegend Ostdeutsche akzeptiert und im allgemeinen so erfolgreich wie ihre westlichen KollegInnen. Und sie wären in den Spitzen ebenso erfolgreich wie ihre KollegInnen in Polen, Tschechien oder Ungarn, wo beim neuen Aufbau keine "Eliten-Importe" rettend zur Verfügung stehen.

<sup>42</sup> Vgl. II, S. 223-234

<sup>43</sup> Vgl. a.a.O. und Konrad Hagedorn/Andreas Eisen (Hg.), Lernstücke. Genossenschaften in Ostdeutschland. Es gab 1999 immerhin 1190 ostdeutsche Agrargenossenschaften (1992: 1464) mit 76.000 Mitgliedern (a.a.O., S. 54ff.).

<sup>44</sup> Ich verweise auf die weit verbreiteten Jugendweihen, die Nachfrage nicht nur nach ostdeutschen Marken, sondern auch nach ostdeutschen Pop- und Rock-Konserven in ihren Supermärkten. Der Verlag Faber und Faber bringt unter anderem eine umfangreiche "Bibliothek der DDR-Literatur" heraus. Nicht zuletzt aber ist die für westdeutsche Wohlfahrtsverbände völlig unerwartete Renaissance der "Volkssolidarität" zu erwähnen. Dieser Verband hat - mit 456 000 Mitgliedern (Awo: ca.

Die Gegenposition pointierte die nonkonformistische brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrandt, die erklärte: "Mir will einfach nicht einleuchten, warum man nicht die Vorteile zweier Systeme miteinander verbinden kann, sondern stattdessen einem einzigen System den Vorzug gibt, dass neben vielen erfreulichen Vorteilen erhebliche Mängel aufweist ". (Lt. Zürcher Ztg. v. 6.3.97, S. 45)

### **Die Ostdeutschen: Ostalgie, autoritätshörig, rechts-lastig?**

Die ökonomische Misere ("Leben am Tropf") und die soziopolitische Fremdbestimmung haben tiefe Spuren im Bewußtsein der Ostdeutschen hinterlassen<sup>45</sup>. Die Selbsterfahrung von fast 90 Prozent (1990), "Bürger 2. Klasse" zu sein, ging in der kurzen ostdeutschen Konjunkturphase auf 69 Prozent zurück (1995), um dann wieder, bis heute auf bedrückende 75-80 Prozent anzusteigen, trotz der von den Befragten mehrheitlich bestätigten materiellen Besserstellung. Nichts könnte das Misslingen eines substantiellen Vereinigungsprozesses deutlicher dokumentieren.

Diese Befunde werden untermauert durch die ostdeutschen Aussagen zur "bonner" Demokratie und Marktwirtschaft. Beide Aspekte des herrschenden System wurden anfangs überwiegend positiv beurteilt, das politische System (1992) zu 52, die Wirtschaft sogar (1990) zu 77 Prozent, Ende der neunziger Jahre aber nur noch von 30 bzw. 22 Prozent (1997, nach Allensbach).

Diese negativen Befunde ließen die konservative Mythenproduktion nicht ruhen. Nach dem Motto Der Ermordete ist schuld, wurde flugs die autoritäre DDR-"Sozialisation" der "Ossis" für deren schlechte Meinung über die Demokratie und die Marktwirtschaft verantwortlich gemacht.

---

50.000) - "alle West-Konkurrenz in den neuen Ländern abgehängt". (Der Spiegel, 27/2000, S. 55ff.)

<sup>45</sup> Vgl. dessen Zehnjahres-Bilanz in unserem Sammelband von einem der prominentesten ostdeutschen Soziologen, Rolf Reißig (auch er bis heute ohne den ihm gebührenden Platz in der neuen ostdeutschen Wissenschaftslandschaft!) II, S. 51-69.

Diese These ist offensichtlich nicht haltbar. Ihr widerspricht nicht nur das Bekenntnis einer großen ostdeutschen Mehrheit zum Prinzip der Demokratie (und gegen das autoritäre SED-Regime), sondern auch die Aufgeschlossenheit, mit der die in der Alt-BRD Angekommenen zunächst der liberalen Marktdemokratie sich zuwandten, und zwar *obwohl* sie selbst sich darin (noch?) als Bürger 2. Klasse erfuhren. Erst im 2. Teil dieses Jahrzehnts verstärkte sich die skeptische Distanz. Das gleiche ereignete sich bei den Wahlen. Votierten 1990 noch 54,7 Prozent der Ostdeutschen bei den Bundestagswahlen "affirmativ", d.h. für die Mitte-Rechtsparteien, 41,4 Prozent für Mitte-links, so kehrte sich dies in 8 Jahren völlig um: 1998 gab es im Osten nur noch 30 Prozent Rechtswähler, während 61 (!) Prozent für die Mitte-links-Parteien votierten, dabei 20-25 Prozent für die PDS.

Aber woher kommt der zum Teil höchst gewalttätige Radikalismus am rechten Rand der ostdeutschen Bevölkerung? Allzu schlüssig werden (jungen) Ostdeutschen DDR-typische Autoritätshörigkeit und latente Fremdenfeindlichkeit unterstellt; weitere Erklärungsvokabeln lauten Orientierungslosigkeit und - durch (drohende) Arbeitslosigkeit bedingt - Zukunftslosigkeit. Lauter nicht-falsche Erklärungsansätze - aber für arbeitslose junge Westdeutsche kaum weniger zutreffend, kaum ausreichend, die wahrhaft tödliche Wut zu erklären, mit der viele ostdeutsche Rechtsradikalen auf ihre Opfer einschlagen.

Die weithin verdrängten, in unseren Analysen aber offengelegten hochgradigen Fehlleistungen einer von westdeutschen Akteuren exekutierten Politik der Machtsicherung, Marktradikalität, der Arbeitsplatzvernichtung und Deindustrialisierung, der Liquidation ostdeutscher Existenzbedingungen und soziokultureller Einrichtungen, der damit verbundenen Verunsicherungen, Arroganz der Macht, der Demütigungen und Abwertungen zahlloser Biographien - alle diese Elemente einer Strukturellen Kolonialisierung haben in der Tat in zahllosen Ostdeutschen Resignation und Verbitterung, aber auch eine große, kalte Wut erzeugt. Bei jungen Leuten ohne jede geistige Orientierung kann dieser "totale Frust" im Grenzfall sehr gewalttätig und sadistisch zum Ausbruch kommen.

Wer nach den Gründen für die erschreckenden Wellen rechtsradikaler Brutalität sucht, darf über diesen Schuldzusammenhang von Machtanmaßung, Demütigung und "kalter Wut" nicht schweigen. Aber bis jetzt hat nur der angesehene Leipziger Psychoanalytiker Hans Joachim Maaz den Finger in diese Wunde gelegt (und ist prompt hart gescholten worden): "Im Vereinigungsprozess sei eine starke Abneigung gegen Westdeutsche entstanden. Diesen Konflikt wage man aber nicht offen auszutragen, sondern sucht Sündenböcke. 'Es ist leichter, einen sozial schwächeren Ausländer anzugreifen, als den sozial anerkannten Wessi. Man schlägt den Afrikaner, will aber eigentlich den Westdeutschen treffen'" .<sup>46</sup>

**Fritz Vilmar (Hg.)**

Zehn Jahre Vereinigungspolitik

*Kritische Bilanz und humane Alternativen*

**Trafo Verlag Berlin 2000, 286 Seiten DM 34.80 ISBN 3-89626-221-1**

Sonderpreis für Förderer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: DM 20,-  
(Bestellung s. unten)

Mit diesem Sammelband von Fritz Vilmar wird eine umfassende kritische Zehnjahres-Bilanz der Vereinigungspolitik vorgelegt: Für alle, die es nicht ertragen können, dass das verflossene Jahrzehnt schön geredet wird und die schwerwiegenden Fehlsteuerungen als "unabänderlich" verharmlost werden.

Daher werden auch realistische, humane Alternativen vorgestellt.

***In diesem neuen Band wird die 1995 vorgelegte grundlegende Kritik des Autors und Herausgebers ("Kolonialisierung der DDR") aktualisiert und präzisiert.***

***Der neue Band enthält wesentliche Beiträge bekannter kritische Autoren wie Daniela Dahn, Ulrich Busch, Rolf Reißig, Edelbert Richter und Klaus Steinitz.***

**Aus dem Inhalt:**

- Der Begriff der Strukturellen Kolonialisierung
- Die Ostdeutschen – nach zehn Jahren: Einstellungen – Werte – Identität
- Soziale Liquidation oder Diskriminierung ostdeutscher Eliten
- Deindustrialisierung Ostdeutschlands 1989 – 1999; Alternativen
- Die überstürzte Währungsunion – ein destruktives wahltaktisches Kalkül
- Transfer West-Ost und Ost-West: Wer machte das große Geschäft?
- Bewährung trotz starker Diskriminierung: Die ostdeutschen Agrargenossenschaften
- "Aufhebung" soziokultureller Einrichtungen der DDR?

---

<sup>46</sup> Zitiert nach Ostsee-Zeitung v. 4.8.2000



**Bestellung****An die Projektgruppe „Kritische Analysen der Vereinigungspolitik“**

z.Hd. Prof. Fritz Vilmar

Winterfeldtstr. 90

10777 Berlin

Fax 030/23626995

- Hiermit bestelle ich als wissenschaftlich oder in der politischen Jugend- bzw. Erwachsenenbildung Tätige/r ein **Probexemplar**. DM 20,- (Schein oder Scheck) lege ich bei.
- Hiermit bestelle die **beiden** Bände der Projektgruppe ("Kolonialisierung der DDR" und "Zehn Jahre Vereinigungspolitik") zum Sonderpreis von DM 35,-)

Versandkosten sind jeweils inbegriffen. Um Verwaltungskosten zu minimieren bitte Scheck oder Schein beilegen.

Bitte Name und Adresse deutlich in Druckschrift angeben:

.....

.....

.....